

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Teil 1 ABC der kommunalen Praxis	1
Teil 2 Die kommunale Selbstverwaltung	77
1. Einführung	77
2. Selbstverwaltung und die verfassungsmäßige Verankerung im Grundgesetz und in der Bayer. Verfassung	78
2.1 Selbstverwaltung – was ist das?	78
2.2 Selbstverwaltung – wo steht was?	80
2.3 Selbstverwaltung – was ist das im Einzelnen?	83
2.3.1 Selbstverwaltung und Pflichtaufgaben	84
2.3.2 Selbstverwaltung und freiwillige Aufgaben	84
2.4 Selbstverwaltung – gibt es Grenzen?	86
2.4.1 Selbstverwaltung – welche Handlungsformen gibt es?	87
2.4.2 Selbstverwaltung – welchen Rang haben die Handlungsformen in der Normenhierarchie? ...	88
2.4.3 Selbstverwaltung – wie wird sie kontrolliert? ...	90
2.4.4 Selbstverwaltung und die Rolle des Bürgers ...	91
2.5 Selbstverwaltung – was sind Kernbereiche?	92
3. Gebietskörperschaften	92
3.1 Kommunale Gebietskörperschaft – was ist das?	92
3.2 Kommunale Gebietskörperschaft – wo steht was? ...	92
3.3 Kommunale Gebietskörperschaft im Staatsaufbau ...	93
3.4 Die kommunale Gebietskörperschaft: Gemeinden, Landkreise, Bezirke	94
4. Die kommunale Zusammenarbeit	94
4.1 Kommunale Zusammenarbeit – was ist das?	94
4.2 Kommunale Zusammenarbeit – wo steht was?	95
4.3 Kommunale Zusammenarbeit – wozu?	95
4.4 Einzelne Formen der kommunalen Zusammenarbeit	97
4.4.1 Privatrechtliche Formen	97
4.4.2 Die Arbeitsgemeinschaften	97
4.4.3 Die Zweckvereinbarung	98
4.4.4 Zweckverband	98
4.4.5 Verwaltungsgemeinschaft	98

	Seite
4.4.6 PPP als Form der Zusammenarbeit zwischen privater und öffentlicher Hand	99
4.4.7 Grenzen der interkommunalen Zusammenarbeit	100
4.5 IT in der Kommunalverwaltung	101
5. Das Verhältnis Staat – Kommunen	102
5.1 Bund, Länder und Kommunen im System der Gewaltenteilung	103
5.2 Wo steht was?	104
5.3 Der eigene Wirkungskreis	105
5.4 Der übertragene Wirkungskreis	106
5.5 Finanzierung der Aufgaben	107
5.6 Finanzen ... ein ewiges Thema	109
5.6.1 Kommunalen Finanzausgleich und Verteilungsgerechtigkeit	109
5.6.2 Die bayerische Konnexität	110
5.6.3 Die Gewerbesteuer	111
5.6.4 Das kommunale Haushaltsrecht	112
5.6.5 Die neue Politik der vollen Hände	114
5.7 Der Staat als Kontrolleur	115
5.7.1 Die Rechtmäßigkeit der Verwaltung	115
5.7.2 Die Rechtsaufsicht	116
5.7.3 Die Fachaufsicht	117
5.7.4 Checkliste – Aufsichtliche Maßnahmen	117
5.8 Sonstige Kontrolle kommunalen Handelns	118
5.8.1 Die strafrechtliche, zivil- und verwaltungsrechtliche Verantwortung der Kommune	119
5.8.2 Formlose Rechtsbehelfe, Widerspruch, Abhilfe ...	120
5.8.3 Verwaltungsgerichtliche Kontrolle	121
5.8.4 Medien	121
6. Europa und die Kommunen	121
6.1 Warum sind Kommunen zunehmend europabetroffen? ...	121
6.2 Das Europabüro der bayerischen Kommunen als direkter Ansprechpartner in Brüssel	124

	Seite
6.3 Grundzüge des Europarechts (Rechtsquellen des Unionsrechts und Institutionen der Europäischen Union)	125
6.4 Auswirkung der EU-Binnenmarkt- und EU-Wettbewerbsregeln sowie weiterer EU-Rechtsbereiche und EU-Politiken auf die Kommunen	126
6.4.1 EU-Vergaberecht	127
6.4.2 EU-Konzessionsrichtlinie	129
6.4.3 EU-Beihilferecht	130
6.4.4 EU-Umweltrecht und EU-Klimaschutz- und Energieziele	131
6.4.5 Sozialer Bereich in der Europäischen Union	132
6.4.6 EU-Migrationspolitik	133
6.4.7 Digitalisierung und EU-Datenschutzgrundverordnung	133
6.4.8 Einheimischenmodelle und Bauleitpläne versus EU-Recht	133
6.5 EU-Fördermittelpolitik – Grundsätze und Förderbereiche	134
6.5.1 Geplante EU-Regionalpolitik/Strukturfondsförderung 2021 bis 2027	135
6.5.2 Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2021–2027	138
6.5.3 EU-Aktionsprogramme in der neuen Förderperiode 2021–2027	139
7. Die kommunalen Spitzenverbände	141
7.1 Kommunale Spitzenverbände – was ist das?	141
7.2 Spitzenverbände im eigentlichen Sinn	141
8. Zusammenfassung	142
Teil 3 Der kommunale Mandatsträger	143
1. Das Verhältnis zwischen Bürger und Mandatsträger	143
1.1 Repräsentation und Wahlen	143
1.1.1 Was hat es mit dem Repräsentationsprinzip auf sich?	143
1.1.2 Wo steht etwas über Kommunalwahlen?	144

	Seite
1.1.3	Wer wird gewählt? 145
1.1.4	In welchen Fällen werden Ortssprecher gewählt? ... 145
1.1.5	Die Bezirksausschüsse in Großstädten 145
1.1.6	Wer darf wählen? 146
1.1.7	Wer kann gewählt werden? 146
1.1.8	Besondere Bedingungen für erste Bürgermeister und Landräte 146
1.1.9	Wann wird gewählt? 147
1.1.10	Was passiert, wenn ein erster Bürgermeister oder Landrat vorzeitig ausscheidet? 147
1.1.11	Wie werden die Wahlvorschläge aufgestellt? 148
1.1.12	Wie verhält es sich mit Wahlvorschlägen für erste Bürgermeister und Landräte? 149
1.1.13	Was muss bei der Nominierung der Kandidaten beachtet werden? 149
1.1.14	Wer sind die Wahlorgane, wie setzen sie sich zusammen und welche Aufgaben haben sie? 151
1.1.15	Was geschieht nach der Einreichung der Wahlvorschläge? 151
1.1.16	Wie werden erste Bürgermeister und Landräte gewählt? 152
1.1.17	Wie werden Mitglieder des Gemeinderates und des Kreistages gewählt? 153
1.1.18	Wie geht die Briefwahl vor sich? 153
1.1.19	Was ist ein „beweglicher Wahlvorstand“? 154
1.1.20	Was hat es mit den Sonderstimmbezirken auf sich? 154
1.1.21	Wie wird das Wahlergebnis ermittelt? 155
1.1.22	Wie errechnet sich die Sitzverteilung? 155
1.1.23	Wer überprüft das Wahlgesehen? 155
1.2	Bürgerbegehren und Bürgerentscheid 156
1.2.1	Wo steht etwas über Bürgerbegehren und Bürgerentscheid? 156
1.2.2	Wer kann was beantragen? 157
1.2.3	Wann führt ein Bürgerbegehren zu einem Bürgerentscheid? 157

	Seite
1.2.4	Was geschieht nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren? 158
1.2.5	Wie kommt die Entscheidung zustande? 158
1.2.6	Welche Wirkung hat der Bürgerentscheid? 159
1.3	Sonstige Mitwirkungsmöglichkeiten des Bürgers 159
1.3.1	Wie kann sich der Bürger informieren? 159
1.3.2	Die Bürgerversammlung als regelmäßige Mitberatungsmöglichkeit 160
1.3.3	Der Bürgerantrag als Initiativrecht des Bürgers 160
1.3.4	Welche Mitwirkungsmöglichkeiten hat der Bürger bei der Bauleitplanung? 161
1.3.5	Welche Mitbestimmungsrechte gibt es sonst? 161
1.3.6	Wie kann sich der Bürger außerdem Gehör verschaffen? 161
1.4	Der Mandatsträger als Anlaufstelle für den Bürger 162
1.4.1	Was erwartet der Bürger vom Mandatsträger? 162
1.4.2	Was verlangt die Ausübung des Mandats? 163
1.4.3	Welche Konflikte muss der Mandatsträger bewältigen? 164
1.5	Exkurs: Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Kommune 165
1.5.1	Was ist kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit? 165
1.5.2	Wo steht etwas über kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit? 165
1.5.3	Gibt es für die kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Regeln? 166
1.5.4	Wie macht man kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit? 166
1.6	Exkurs: Die Pflichten des Bürgers 167
1.6.1	Wo steht etwas über die Pflichten des Bürgers? ... 167
1.6.2	Welche Ehrenämter muss ein Bürger übernehmen? ... 168
1.6.3	Welche Gemeindelasten muss ein Bürger tragen? ... 168
2.	Die Stellung des Mandatsträgers 169
2.1	Mandatsträger, was ist das? 169
2.1.1	Mandatsträger, wo steht was? 169

	Seite
2.1.2 Aufgaben und Zuständigkeiten	170
2.1.3 Mandatsträger – was sind Referenten?	170
2.1.4 Mandatsträger und Ausschüsse	171
2.2 Mandatsträger: Hauptamt/Ehrenamt	171
2.2.1 Hauptamt/Ehrenamt – wo steht was?	171
2.2.2 Mandatsträgerschaft als öffentliches Amt	172
2.2.3 Besoldung/Entschädigung/Versorgung	172
2.3 Haftungsfragen	174
2.3.1 Haftung, was ist das?	174
2.3.2 Wo steht was?	174
2.3.3 Haftung – wie entsteht sie, wen trifft sie?	174
2.3.4 Strafrechtliche Verantwortlichkeit	176
2.3.5 Welchen Schutz vor Haftungsansprüchen gibt es? ...	176
2.4 „Rechtliche Haftung der Kommune“ und „politische Haftung“	177
2.5 Steuerliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Bürgermeister und Gemeinderats-, Kreistags- und Bezirkstagsmitglieder	177
2.5.1 Ehrenamtliche Mitglieder eines Gemeinde- oder eines Stadtrats	177
2.5.2 Ehrenamtliche erste Bürgermeister	178
2.5.3 Ehrenamtliche weitere Bürgermeister	178
2.5.4 Ehrenamtliche Mitglieder eines Kreistags	179
2.5.5 Gewählte Stellvertreter der Landräte	179
2.5.6 Mitglieder mehrerer kommunaler Vertretungsorgane	179
2.5.7 Gemeinschaftsvorsitzende der Verwaltungsgemeinschaften	179
2.5.8 Ehrenamtliche Mitglieder eines Bezirkstags	179
3. Die Arbeit des Mandatsträgers in der Gemeinde	179
3.1 Der Gemeinderat – ein Parlament?	179
3.1.1 Wo steht etwas über den Gemeinderat?	179
3.1.2 Inwiefern arbeitet der Gemeinderat wie ein Parlament?	180
3.1.3 Warum ist der Gemeinderat kein Parlament?	181

	Seite
3.1.4 Welche Ausschüsse gibt es?	181
3.1.5 Wie werden die Ausschüsse gebildet?	182
3.1.6 Welche Rolle spielen die politischen Parteien?	184
3.2 Die Aufgabenverteilung zwischen Gemeinderat und Bürgermeister	185
3.2.1 Um welche Kompetenzen geht es?	185
3.2.2 Wer nimmt die Vorbereitungsfunktion wahr?	186
3.2.3 Wer nimmt die Entscheidungsfunktion wahr?	186
3.2.4 Wer nimmt die Vollzugsfunktion wahr?	188
3.2.5 Wer nimmt die Kontrollfunktion wahr?	189
3.2.6 Die besondere Rolle des ersten Bürgermeisters ...	190
3.3 Der Geschäftsgang im Gemeinderat	191
3.3.1 Wo steht was über den Geschäftsgang?	191
3.3.2 Wie und wann muss eingeladen werden?	192
3.3.3 Die Sitzung im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung	193
3.3.4 Öffentliche und nicht-öffentliche Sitzung	194
3.3.5 Wie wird die Sitzung eröffnet?	194
3.3.6 Die Abwicklung der Tagesordnung	195
3.3.7 Wer darf Anträge stellen?	196
3.3.8 Wie wird abgestimmt?	198
3.3.9 Wie geht man mit Störern um?	199
3.3.10 Was geschieht nach der Sitzung?	201
3.4 Der kommunale Entscheidungsprozess	201
3.4.1 Wer hat Anteil am kommunalen Entscheidungsprozess?	201
3.4.2 Welche Rolle spielen die Parteien und Interessengruppen?	202
3.4.3 Welche Rolle spielen die Medien?	203
3.4.4 Wer bringt den kommunalen Entscheidungsprozess in Gang?	204
3.5 Exkurs: Die Satzung als Ausdruck der Rechtsetzungshoheit	205
3.5.1 Wo steht etwas über die Rechtsetzungshoheit? ...	205

	Seite
3.5.2 Was ist eine Rechtsverordnung, was eine Satzung?	206
3.5.3 Wie wird eine Satzung erlassen?	207
3.5.4 Was enthalten die Satzungen?	208
4. Die Arbeit des Mandatsträgers im Landkreis	208
4.1 Der Landkreis als Selbstverwaltungskörperschaft	208
4.2 Was ist für den Mandatsträger im Landkreis anders als in der Gemeinde?	209
4.2.1 Das Landratsamt als Staatsbehörde	209
4.2.2 Der Kreisausschuss ist Hauptorgan	210
4.2.3 Der Landrat kann nicht auf den Vorsitz in einem Ausschuss verzichten	210
4.2.4 Der einzelne Kreisrat hat ein Auskunftsrecht	210
Teil 4 Die Kommunen als eigenständige Körperschaften	213
1. Die Selbstverwaltung der Kommunen	213
1.1 Grundsätzliches zu Umfang und Abgrenzung der kommunalen Aufgaben	213
1.1.1 Kommunale Aufgabenzuständigkeit allgemein	213
1.1.2 Eigener Wirkungskreis und übertragener Wirkungskreis – was ist der Unterschied?	214
1.1.3 Eigener Wirkungskreis – wofür ist die Gemeinde, der Landkreis, der Bezirk zuständig?	215
1.1.4 Im eigenen Wirkungskreis gibt es Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben	217
1.1.5 Übertragener Wirkungskreis	220
1.1.6 Abgrenzung zwischen Landratsamt, kreisfreier Stadt und Großer Kreisstadt	221
1.1.7 Rechtsaufsicht und Fachaufsicht	223
1.2 Ehrenamtliches Engagement	225
1.3 Schule und Bildung	227
1.3.1 Grund- und Mittelschule	228
1.3.2 Errichtung und Finanzierung von Schulen	229
1.3.3 Erwachsenenbildung	230
1.3.4 Digitalisierung im Bereich der Bildung	231
1.4 Kulturarbeit und Kulturförderung	231

	Seite
1.5	Umweltschutz 233
1.5.1	Natur- und Landschaftsschutz 233
1.5.2	Immissionsschutz 233
1.5.3	Abfallwirtschaft 234
1.5.4	Agenda 21 235
1.6	Straßen und Verkehr 236
1.6.1	Straßenrecht 236
1.6.2	Straßenverkehrsrecht 237
1.6.3	Öffentlicher Personennahverkehr 237
1.7	Soziale Aufgaben 238
1.8	Kinder, Jugend und Familie 239
1.9	Weitere kommunale Aufgaben 241
1.9.1	Gesundheitswesen/Krankenhäuser 242
1.9.2	Bauen und Stadtentwicklung 242
1.9.3	Freizeit und Sport 242
1.9.4	Fremdenverkehr 243
1.9.5	Sicherheit und Ordnung 243
2.	Die Finanzhoheit der Kommunen 244
2.1	Die Kommunal финанzen in Bedrängnis 244
2.2	Begriff der Abgaben 247
2.3	Reihenfolge der Einnahmebeschaffung 249
2.4	Gewerbsteuer 250
2.4.1	Allgemeines 250
2.4.2	Wer wird besteuert? 251
2.4.3	Wie lauten die Rechtsgrundlagen? 252
2.4.4	Wie hoch ist die Steuer und wer setzt sie fest? ... 252
2.4.5	Gewerbsteuerhebesätze 2018 im Landesdurchschnitt 253
2.4.6	Hinzurechnungen und Kürzungen des Gewerbeertrags 253
2.4.7	Freibetrag für natürliche Personen 254
2.4.8	Freibetrag für juristische Personen 254
2.4.9	Abrundung 254
2.4.10	Zerlegung des Gewerbsteuerermessbetrags 254

	Seite
2.4.11 Steuerermäßigung wegen Gewerbesteuerzahlung (§ 35 EStG)	255
2.4.12 Die Gewerbesteuerumlage	256
2.4.13 Berechnungsbeispiel/Gewerbesteuer im Jahr 2020	259
2.4.14 Die Zukunft der Gewerbesteuer	259
2.5 Grundsteuer	259
2.5.1 Allgemeines	259
2.5.2 Wie lautet die Rechtsgrundlage?	260
2.5.3 Was wird besteuert?	260
2.5.4 Wie hoch ist die Steuer bis Ende 2024?	262
2.5.5 Festsetzung der Grundsteuerhebesätze A und B ...	264
2.5.6 Grundsteuerhebesätze 2018 im Landesdurchschnitt	264
2.5.7 Grundsteuererlass	264
2.6 Einkommensteuer	264
2.6.1 Allgemeines	264
2.6.2 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	265
2.6.3 Verteilungsmodus	265
2.6.4 Einkommensteuerstatistik	266
2.7 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	267
2.7.1 Allgemeines	267
2.7.2 Wie lautet die Rechtsgrundlage?	267
2.7.3 Verteilung auf die Gemeinden	268
2.7.4 Verteilung des Umsatzsteueranteils an Gemeinden ab 2018	268
2.8 Hundesteuer	269
2.9 Zweitwohnungssteuer	269
2.10 Beiträge – was man wissen muss	270
2.10.1 Allgemeine Einführung	270
2.10.2 Was sind Erschließungsbeiträge?	272
2.10.3 Anschlussbeiträge für leitungsgebundene öffentliche Einrichtungen	272
2.10.4 Ausbaubeiträge für Straßen wurde zum 1.1.2018 abgeschafft	273

	Seite
2.10.5	Fremdenverkehrsbeitrag 274
2.10.6	Kurbeitrag 274
2.11	Gebühren – was man wissen muss 274
2.11.1	Benutzungsgebühren 274
2.11.2	Erhebung von Verwaltungskosten 276
2.12	Kommunaler Finanzausgleich 276
2.12.1	Wozu benötigen die Gemeinden einen Finanzausgleich? 276
2.12.2	Aufgaben und Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs in Bayern 277
2.12.3	Übersicht über die Finanzausgleichsleistungen 2020 in Euro 278
2.12.4	Allgemeines zur Entwicklung der Kommunalfinanzen 2019 280
2.12.5	Wie lautet die Rechtsgrundlage für den kommunalen Finanzausgleich? 281
2.12.6	Der allgemeine Steuerverbund (Art. 1, 2 bis 6 BayFAG) 281
2.12.7	Die Schlüsselzuweisungen, ein Buch mit sieben Siegeln? 282
2.12.8	Berechnungsbeispiel Gemeindeschlüssel- zuweisung für das Jahr 2019 288
2.12.9	Berechnungsbeispiel Landkreisschlüssel- zuweisungen für das Jahr 2019 289
2.12.10	Beteiligung der Kommunen an der Grunderwerbsteuer 289
2.12.11	Einkommensteuerersatz (Familienleistungsausgleich, Art. 1b BayFAG) ... 290
2.12.12	Beteiligung der Kommunen am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund 290
2.12.13	Finanzzuweisungen (Art. 7 BayFAG) 292
2.12.14	Zuweisungen für Gesundheits-, Veterinär- und Wasserwirtschaftsämter sowie Heimaufsicht ... 293
2.12.15	Förderung kommunaler Hochbaumaßnahmen (Art. 10 BayFAG) 293
2.12.16	Weitere Zuweisungen im Finanzausgleich 294

	Seite
2.12.17 Die Kreisumlage	295
2.12.18 Die Bezirksumlage	297
2.13 Der Haushalt	298
2.13.1 Die Haushaltssatzung	298
2.13.2 Kameralistik	299
2.13.3 Der Haushaltsplan	299
2.13.4 Wie gliedert sich ein Haushalt?	302
2.13.5 Anlagen des Haushalts	302
2.13.6 Werdegang des Haushalts	303
2.13.7 Haushaltslose Zeit	303
2.13.8 Was bedeutet mittelfristige Finanzplanung? ...	304
2.13.9 Allgemeine Haushaltsgrundsätze	304
2.13.10 Unvorhergesehene Ausgaben – was tun?	304
2.13.11 Reform des kommunalen Haushaltsrechts	305
2.13.12 Doppik	306
2.14 Umsatzsteuerpflicht für Kommunen ab 1.1.2021	306
3. Die Personalhoheit der Kommune	308
3.1 Was ist Personalhoheit?	308
3.2 Wo steht etwas über die Personalhoheit?	308
3.3 Personalplanung und Personalauswahl	309
3.3.1 Was finde ich an Personalstruktur vor?	309
3.3.2 Personalplanung	312
3.3.3 Personalentscheidung	313
3.3.4 Methoden der Personalgewinnung	314
3.3.5 Personalführung	317
3.3.6 Leistungsgerechte Vergütung	318
3.4 Kommunalbedienstete	319
3.4.1 Die Kommunalbeamten	319
3.4.2 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes	320
3.4.3 Geringfügig Beschäftigte	323
3.4.4 Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes	324

	Seite
4. Bauen in der Kommune	324
4.1 Allgemeine Fragen	324
4.1.1 Welche Gesetze sind wichtig?	324
4.1.2 Wie kommt die Gemeinde mit dem Baurecht in Berührung?	325
4.1.3 Wer ist in der Gemeinde zuständig?	326
4.2 Bauleitplanung	328
4.2.1 Welche Arten von Bauleitplanung gibt es?	328
4.2.2 Wie läuft das Verfahren zur Aufstellung von Bauleitplänen?	333
4.2.3 Die wesentlichen inhaltlichen Bindungen der Bauleitplanung	341
4.2.4 Die Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan ...	346
4.2.5 Was kann man in einem Bebauungsplan festsetzen?	347
4.2.6 Die Baugebietstypen	349
4.2.7 Das Maß der baulichen Nutzung	354
4.2.8 Die Bauweise	357
4.3 Einzelbauvorhaben	360
4.3.1 Genehmigungsfreiheit und Genehmigungspflicht ..	360
4.3.2 Die drei planungsrechtlichen Bereiche	363
4.3.3 Wie werden Innen- und Außenbereich voneinander abgegrenzt?	364
4.3.4 Zulässigkeit von Vorhaben im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans	366
4.3.5 Zulässigkeit von Vorhaben im Innenbereich	367
4.3.6 Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich	369
5. Vergaberecht	370
5.1 Ziele und Grundsätze des Vergaberechts	370
5.2 Auftrag	371
5.2.1 Begriffe	371
5.2.2 Einzelne Aufträge	372
5.2.3 Los	372
5.3 Vergabeverfahren	373
5.4 Maßgebliche Rechtsvorschriften und Verfahren	374

	Seite
5.5 Einzelheiten zum Verfahren	375
5.5.1 Zuschlag	375
5.5.2 Bekanntmachung	375
5.5.3 Präqualifikationsverfahren	376
5.5.4 Vergabevermerk	376
5.5.5 Folgen bei vergaberechtlichen Verstößen	376
6. Kommunales Marketing	377
6.1 Komplexe Herausforderungen für Kommunen	377
6.1.1 Dynamik des Wandels	377
6.1.2 Zwischen Wettbewerb und Zusammenarbeit	378
6.1.3 Auswirkungen der Handelsentwicklung	379
6.1.4 Fokus Online-Handel	382
6.2 Grundlagen und Weiterentwicklungen	384
6.2.1 Idee und Entwicklung des Instrumentariums	384
6.2.2 Säulen eines integrierten Stadtmarketings	386
6.2.3 Öffentlich-private Zusammenarbeit	390
6.2.4 Spielregeln	391
6.2.5 Förderkulisse	392
6.3 Der Werkzeugkasten	395
6.3.1 Der gelungene Auftakt	397
6.3.2 Bestands- und Potentialanalyse	399
6.3.3 Strategische Ziele und Konzepte	400
6.3.4 Flächen- und Leerstandsmanagement	403
6.3.5 Quartiersmanagement	406
6.3.6 Gemeinschaftsaktionen	409
6.3.7 Organisationsfindung und Installation	411
6.3.8 Finanzierung	417
6.4 Thesen zur Perspektive Innenstadt 2035	420
6.5 Wo steht Ihre Kommune? Ein Schnelltest	425
6.6 Quellen und weiterführende Informationen	426
Teil 5 Die kommunale Wirtschaft	429
1. Kommunale und private Aufgabenerledigung	429
1.1 Die Diskussion um die Alternativen	429
1.1.1 Das Diktat der leeren Kassen	429
1.1.2 Wirtschaften Private günstiger?	429
1.1.3 Worin besteht der prinzipielle Unterschied?	430

	Seite
1.2 Rahmenbedingungen für private Aufgabenerledigung	430
1.2.1 Die Subsidiaritätsklausel	430
1.2.2 Daseinsvorsorge als Kern der kommunalen Selbstverwaltung	431
1.2.3 Welche Aufgaben eignen sich für private Erledigung?	431
2. Überblick über das kommunale Unternehmensrecht	432
3. Zulässigkeitsvoraussetzungen	436
3.1 Allgemeines	436
3.2 Zweck	437
3.3 Umfang des Tätigkeitsbereiches des Unternehmens	439
3.4 Anzeige	439
4. Die einzelnen Unternehmensformen	440
4.1 Abgrenzung der kommunalen Unternehmen zum Regiebetrieb	440
4.1.1 Was ist das?	440
4.1.2 Wer ist zuständig?	440
4.1.3 Haushalt und Wirtschaftsführung	440
4.1.4 Personalwesen	440
4.2 Der Eigenbetrieb	441
4.2.1 Was ist das?	441
4.2.2 Wer ist zuständig?	441
4.2.3 Haushalt und Wirtschaftsführung	442
4.2.4 Personalwesen	442
4.3 Das Kommunalunternehmen	443
4.3.1 Was ist das?	443
4.3.2 Wer ist zuständig?	444
4.3.3 Haushalt und Wirtschaftsführung	445
4.3.4 Personalwesen	445
4.4 Unternehmen in Privatrechtsform	446
4.4.1 Was ist das?	446
4.4.2 Wer ist zuständig?	447
4.4.3 Haushalt und Wirtschaftsführung	450
4.4.4 Personalwesen	450

	Seite
5. Vergleich der Unternehmensformen	450
5.1 Steuerrecht	450
5.1.1 Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer	450
5.1.2 Grunderwerbsteuer	451
5.2 Personalwesen	452
5.2.1 Dienstherrnfähigkeit	452
5.2.2 Tarifrecht	452
5.3 Vergabewesen	452
6. Vorteile und Nachteile der verschiedenen Rechtsformen	453
6.1 Vorteile des Eigenbetriebs	453
6.2 Vorteile und Nachteile des Kommunalunternehmens gegenüber dem Eigenbetrieb	453
6.2.1 Vorteile	453
6.2.2 Nachteile	454
6.3 Vorteile und Nachteile des Kommunalunternehmens gegenüber den Unternehmensformen des Privatrechts ...	454
6.4 Vorteile und Nachteile von Privatrechtsunternehmen gegenüber dem Kommunalunternehmen	455
Teil 6 Reformbestrebungen	457
1. Verwaltungsreform – was ist das?	457
2. Die Phasen des Reformprozesses	458
2.1 Wie läuft ein Reformprozess ab?	458
2.2 Bestandsaufnahme	458
2.2.1 Worum geht es?	458
2.2.2 Mitarbeiterbefragung	458
2.2.3 Bürgerbefragung	459
2.3 Organisation des Reformprozesses	460
2.4 Ziele des Reformprozesses	460
2.5 Die Umsetzung von Projekten	461
2.5.1 Welche Ansatzpunkte gibt es?	461
2.5.2 Personal	462
2.5.3 Qualität der Arbeit	467
2.5.4 Wirtschaftlichkeit	469

	Seite
2.5.5 Bürgerfreundlichkeit	473
2.5.6 Bürgerbeteiligung	474
2.5.7 Reformierte Politik?	476
2.6 Das Reform-Controlling	477
2.6.1 Reformideen müssen umsetzbar sein	477
2.6.2 Reformen brauchen Motivation und Akzeptanz ...	477
Teil 7 Digitale Verwaltung	479
1. Rechtliche, politische und organisatorische Grundlagen	479
1.1 Begriffe: E-Government und digitale Verwaltung	479
1.2 Digitalstrategie des Freistaats Bayern	480
1.2.1 Der Masterplan „Bayern-Digital“ und „Hightech-Agenda“	480
1.2.2 Montgelas 3.0 als Ausgangspunkt der Digitalisierung der Verwaltung	481
1.2.3 Ziele des Gesetzgebers bzw. der Staatsregierung im E-Government	485
1.3 BayernPortal (www.freistaat.bayern)	485
1.3.1 Informationen im BayernPortal	486
1.3.2 Suchfunktion im BayernPortal	489
1.3.3 Datenpflege über das Redaktionssystem	491
1.3.4 Die Basisdienste des BayernPortals	492
1.3.5 Die „BayernID“ (Bürgerkonto) als zentraler Zugang zur digitalen Verwaltung in Bayern	493
1.3.6 Der Postkorb: Nachrichten und Bescheide der Behörden an den Bürger	495
1.3.7 Antragsmanager: Nachrichten und Anträge des Bürgers an die Behörden	497
1.3.8 E-Payment	498
1.4 Nutzen für Bürger, Unternehmen und Verwaltung	499
1.5 Aktuelle Herausforderungen für die digitale Verwaltung ...	500
1.5.1 Ausbau der digitalen Angebote des Freistaats ...	500
1.5.2 OZG-Umsetzung in Bayern	500
1.5.2.1 Onlinezugangsgesetz und Portalverbund ...	501
1.5.2.2 Novelle Bayerisches E-Government-Gesetz	503
1.5.2.3 OZG-Umsetzung in den Kommunen	504

	Seite
1.5.3	Barrierefreie Angebote der Informationstechnik ... 505
1.5.3.1	Anforderungen 505
1.5.3.2	Unverhältnismäßige Belastung im Einzelfall 506
1.5.3.3	Erklärung zur Barrierefreiheit, Kontaktmöglichkeit 506
1.5.3.4	Inkrafttreten und Übergangsvorschriften ... 507
1.6	Fördermaßnahmen 507
1.6.1	Basisdienste und zentrale Dienste des BayernPortals 507
1.6.2	Förderprogramm „Digitales Rathaus“ 508
1.6.2.1	Förderrichtlinie digitales Rathaus (FöRdR) ... 508
1.6.2.2	Grundkurs Digitalotse 509
1.6.3	Fördermaßnahme „Digitaler Werkzeugkasten“ 509
1.6.4	Einführung Informationssicherheits- Managementsystem 509
1.6.5	Erweiterung der Glasfaser/WLAN-Richtlinie (GWLNR) 510
1.7	Umsetzungsfristen und Handlungsbedarfe 510
2.	Digitale Verwaltung – Vom Antrag zum Bescheid 512
2.1	Recht der Bürger und Unternehmen auf E-Government 512
2.2	Elektronische Kommunikation 514
2.2.1	Elektronische Erreichbarkeit 514
2.2.2	Schriftformersatz („digitale Unterschrift“) 515
2.2.3	Verschlüsselte elektronische Kommunikation 516
2.2.4	Elektronischer Rechtsverkehr (E-Justice) 519
2.3	Elektronische Identifizierung 520
2.4	Elektronische Antragstellung 521
2.4.1	Elektronische Formulare 522
2.4.2	Elektronische Vorlage von Nachweisen 523
2.4.3	Elektronisches Bezahlen und E-Payment 524
2.4.4	Analoge Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen 525
2.4.5	Exkurs: Elektronische Dienste 525
2.4.6	Förderrichtlinie digitales Rathaus (FöRdR) 526

	Seite
2.5 Elektronische Aktenführung	527
2.5.1 Anforderungen an die elektronische Aktenführung ...	528
2.5.2 Übermitteln elektronischer Akten	529
2.5.3 Ersetzendes Scannen von Papierdokumenten	530
2.5.4 Elektronische Führung von Personalakten	532
2.6 Elektronische Bekanntgabe	534
3. E-Rechnung	535
3.1 Pflicht zur Entgegennahme von E-Rechnungen	535
3.2 Keine Pflicht zur elektronischen Verarbeitung	536
4. Aspekte der Informationssicherheit und des Datenschutzes ...	538
4.1 Informationssicherheit	538
4.1.1 Informationssicherheit als öffentliche Aufgabe	538
4.1.2 Umzusetzende Maßnahmen/Informations- sicherheitskonzepte	538
4.1.3 Informationssicherheits-Managementsysteme	540
4.1.4 Förderrichtlinie zur Einführung eines Informationssicherheits-Managementsystems	541
4.1.5 Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	542
4.1.6 Bayerisches Behördennetz (BYBN)	543
4.1.7 Förderung für Rathäuser (Glasfaser/Behördenetz) ...	543
4.2 Datenschutz	544
4.2.1 Verantwortlicher	544
4.2.2 Behördlicher Datenschutzbeauftragter	545
4.2.3 Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten	546
Teil 8 Diverse Themen von Interesse	548
1. Demographischer Wandel	548
1.1 Was ist demographischer Wandel?	548
1.2 Welche Ursachen hat der demographische Wandel?	548
1.3 Medizinischer Fortschritt	549
1.4 Wanderungsbewegungen	549
1.5 Wie wirkt sich der demographische Wandel aus?	550
1.6 Demographischer Wandel und Kommunen	552
1.7 Was ist zu tun?	553
1.8 Bewältigung des demographischen Wandels als Chance ...	555

	Seite
2. Ländlicher Raum	555
2.1 Was ist „ländlicher Raum“?	555
2.2 Warum ist der „ländliche Raum“ Gegenstand der politischen Diskussion?	557
2.3 Was ist eine „Metropolregion“?	559
2.4 Die Metropolregionen und der ländliche Raum in Bayern	560
2.5 Stärkung des ländlichen Raumes	561
3. Kinder und Bildung	563
4. Arbeit und Cluster	565
4.1 Gleichwertige Arbeitsbedingungen	565
4.2 Cluster	567
4.3 Die digitale Zukunft Bayerns	567
5. Public-Private-Partnership (PPP)	568
5.1 Was ist PPP?	568
5.2 Welche Formen von PPP gibt es?	569
5.3 Was spricht für PPP?	570
5.4 Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung	571
5.5 Was ist bei PPP-Modellen kritisch zu sehen?	572
5.6 Welche Vorschriften müssen bei Realisierung von PPP beachtet werden?	573
6. Bürgerdialog	574
6.1 Bürgersprechstunden	576
6.2 Bürgerforen	576
6.3 Bürgerbefragungen	577
6.4 Digitale Plattformen (Contentmanagement/ Feedbacksysteme)	577
6.5 Facebook, Twitter und Co	578
6.6 Radio und Fernsehen	579
6.7 Infobroschüren	579
7. Energiewende	579
7.1 Standortentscheidung	580
7.2 Geplantes Vorgehen	580
7.3 Stromnetze	581
7.4 Energiewende vor Ort	582

	Seite
8. Neuer Politikstil	582
8.1 Ordnungspolitische Aushöhlung der Selbstverwaltung	583
8.2 Wählerbindung durch Finanzentlastung zu Lasten der Kommunen	585
8.3 Bewusste Umgehung der Konnexität	586
9. Biodiversität	587
Stichwortverzeichnis	591